

Wegen Vandalen verkürzt Post nun die Öffnungszeiten

Jugendliche haben wiederholt die Uzner Postfachanlage «besetzt» und zugemüllt. Jetzt reagiert die Post.

von Daniel Graf

Es ist ein unschöner Anblick, der sich den Postangestellten in Uznach am Morgen immer wieder bietet: Abfall, Bierflaschen, Essensreste. Die Post musste reagieren: So flatterte vor einigen Tagen ein Schreiben in alle Haushalte im Einzugsgebiet der Poststelle Uznach. Darin wird über die Beschränkung der Zugangszeiten zur Postfachanlage Uznach informiert: «Von Montag bis Sonntag ist der Zugang zu den Postfächern neu bis 20 Uhr (bisher 21.30 Uhr) gewährleistet.» Grund dafür sind laut dem Schreiben «Dritte, die den Raum zunehmend zweckfremden und dabei stark verschmutzen.»

Post-Mediensprecherin Nathalie Dérobert präzisiert auf Anfrage: «Es handelt sich um Jugendliche, die sich abends im Raum mit den Postfächern aufhalten, dort essen und Alkohol trinken.» Den Abfall liessen sie jeweils einfach liegen.

Am gravierendsten sei ein Vorfall gewesen, bei dem Jugendliche in dem geschlossenen Raum Feuer entfachten. «Das sorgt nicht nur für Verschmutzungen und einen unangenehmen Rauchgeruch am Morgen – offenes Feuer in einem geschlossenen Raum ist auch sehr gefährlich», sagt Nathalie Dérobert.



Früher geschlossen: Die Postfachanlage in Uznach wird ab nächster Woche nur noch bis 20 Uhr geöffnet sein.

Bild Carole Fleischmann

Das Problem sei schon seit Anfang Jahr bekannt. In einem Fall habe die Polizei die Jugendlichen sogar «in flagranti» erwischt. Sie wurden aufgefordert, den Abfall zu entsorgen und dann weggewiesen. «Wir hoffen, dass sich die Zustände dadurch verbessern.» Doch die Hoffnung war vergebens, immer wieder standen die Postangestellten am Morgen vor einer verschmutzten Postfachanlage.

Eskalation im Sommer

«Diesen Sommer ist es dann regelrecht eskaliert, die Verschmutzungen wurden immer häufiger und der Zeitaufwand für die Reinigung nahm stetig zu», sagt Dérobert. Deshalb habe die Post sich gezwungen gesehen, die Öffnungszeiten zu beschränken. «Wir hoffen, dass wir das Problem dadurch schnellstmöglich in den Griff kriegen.»

Laut Dérobert haben sich die Jugendlichen immer erst nach 20 Uhr in der Postfachanlage aufgehalten. «Dadurch, dass der Raum zu dieser Zeit künftig geschlossen ist, sollte sich das Problem von alleine erledigen.» Für die Kunden am Post-Schalter soll sich indes nichts ändern: «Die Schalterzeiten und das Leistungsangebot der Poststelle Uznach bleiben unverändert», schreibt die Post in ihrer Mitteilung.

Marty soll Kantone auf NFA-Linie bringen

Der ehemalige Schwyzer Finanzdirektor Franz Marty soll den Streit beim NFA schlichten und Auswege zeigen.

von Jürg Auf der Maur

Der frühere Schwyzer CVP-Regierungsrat und langjährige Finanzdirektor Franz Marty ist zurück in der Politik. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) hat ihn an Bord geholt, um den NFA in die Zukunft zu führen und den Streit zwischen den Geber- und Nehmerkantonen zu schlichten.

Marty wird Chef einer politischen Arbeitsgruppe, die bis Sommer 2016 Vorschläge zur Optimierung des Finanzausgleichssystems Bund-Kantone erarbeiten soll. «Unter den Kantonen hat sich die Meinung durchgesetzt, dass es auf Dauer allen schadet,

wenn die unterschiedlichen Positionen beim neuen Finanzausgleich auf Dauer nicht auf eine Linie gebracht werden können.» Deshalb sei er von der KDK angefragt worden, um die jetzt eingesetzte politische Arbeitsgruppe zu präsidieren. Involviert ins Projekt sind auch die Finanzdirektoren der Kantone. Die Gruppe Marty wird nun noch mit je drei Regierungsmitgliedern bestückt, die von den Geber- und Nehmerkantonen ernannt werden können.

Streit nach faulem Kompromiss

Zum offenen Streit ist es spätestens diesen Sommer gekommen, als Natio-

nal- und Ständerat sich nicht auf einen bundesrätlichen Vorschlag einigen konnten. Am Schluss legte die von den Geberkantonen dominierte KDK einen «Kompromiss des Kompromisses» vor, der Geberkantone weniger stark entlastete, als gesetzlich vorgeschrieben worden wäre. Der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel erhält jetzt jedenfalls nur 7 statt der abgemachten 14 Millionen Franken zurück.

Marty sucht Lösungen

«Wir müssen jetzt alle Forderungen und Wünsche der verschiedenen Kantone genau prüfen. Dann sehen wir, ob und wo der Ausweg sein könnte, um

den NFA weiterzuentwickeln.» Das Dossier wird dem Goldauer Marty vertraut vorkommen. Er gilt bekanntlich als einer der «Väter» des jetzt in Schlagseite geratenen neuen Finanzausgleichs.

Dass seine Präsenz auf dem Präsidentenstuhl der Arbeitsgruppe für Schwyz zu einem besonderen Vorteil werden könnte, weist Marty zurück. «Es liegt auf der Hand, dass wir nur Lösungen finden werden, die für alle Parteien stimmen.» Insofern könne er sich, so Marty, «nicht für einen einzigen Kanton einsetzen». Es seien Alternativen gesucht, hinter denen alle stehen können.

Pallifon hat Erfolge, Finanzierung bleibt aber Knackpunkt

Die Notfallnummer für Palliativpatienten «Pallifon» läuft seit etwa einem Jahr. Es bietet Tag und Nacht einen kostenlosen telefonischen Notfalldienst für Patienten, bei denen krankheitsbekämpfende Therapien nicht mehr möglich sind. In der Pilotregion Zürich Parkside (Regionen Zimmerberg, Knonauer-Amt, Höfe, March, Rigi-Mythen und Einsiedeln) verzeichnet es erste Erfolge, welche zu einem schrittweisen Ausbau auf andere Deutschschweizer Kantone motivieren. Mittlerweile handelt es sich gemäss Beat Ritschard, Geschäftsführer der Stiftung Parkside Zürich, bei den meisten Anrufen effektiv um Beratungsfälle. Zu den Anfangszeiten habe man noch viele allgemeine Anfragen zur Palliative Care bekommen. Damit dieses Projekt finanziert werden kann, hat die Stiftung eine Spendenaktion lanciert, die erfreulich gut gestartet ist. Das Ziel, die Finanzierung des «Pallifons» bis Ende 2017 sicherzustellen, konnte bisher aber noch nicht erreicht werden. Es laufen Gespräche mit potenziellen Partnern. (asz)

Unterwegs mit Abt Urban vom Kloster Einsiedeln

Mit dem Abt von Einsiedeln gemeinsam ein Wegstück gehen, mit ihm philosophieren und diskutieren, das ist am Samstag, 17. Oktober, bei «unterwegs mit...» der Sakrallandschaft Innerschweiz möglich. Die Teilnehmer wandern auf den Spuren der «Himmlichen Pfade» vom Kloster Einsiedeln zum Kloster Trachslau, wo Abt Urban Federer die Gruppe empfangen wird. Im Kloster Trachslau sind die Wanderer zu Kaffee und Gipfeli eingeladen, bevor sie gemeinsam mit dem Abt den Rückweg zum Kloster Einsiedeln antreten. Unterwegs stellt sich Abt Urban den Fragen der Teilnehmer. Zurück im Kloster Einsiedeln offeriert der Verein Sakrallandschaft Innerschweiz einen Apéro. Im Anschluss ist um 11.15 Uhr der Besuch der Messe in der Klosterkirche möglich. Die Teilnahme an der Wanderung ist kostenlos, Anmeldung erforderlich an info@sakrallandschaft-innerschweiz.ch (beschränkte Teilnehmerzahl). Der Treffpunkt für die Wanderung ist um 8.30 Uhr auf dem Klosterplatz Einsiedeln. (asz)

Garaventa ist umgezogen

In diesen Tagen ist der Umzug der Goldauer Firma Garaventa beendet worden. Dies teilt das Geschäft in einer Medienmitteilung mit. Der neue Standort in Uetendorf, Thun, bietet viel mehr Platz. Im alten Standort in Gwatt, Thun, war der Platz zu knapp gewesen, es kam zu komplizierten Arbeitsabläufen. Da ein Ausbau des Unternehmens dort nicht möglich war, hatte man sich für einen Neubau entschieden. Neben Uetendorf hat Garaventa auch Sitze in Rotkreuz, Goldau und Sion. Die Firma wurde 1928 von Karl Garaventa in Immensee gegründet. Er übernahm damals Aufträge von den Schweizerischen Bundesbahnen für Holzakkorde an der Rigilehne. Dort baute er eine Seilbahn für den Holztransport. Heute ist Garaventa international eine Kompetenzgruppe für grosse Pendelbahn-, Standseilbahn- und Materialseilbahnsysteme. So ist sie am Projekt für die Erneuerung der Luftseilbahn von Weggis nach Rigi-Kaltbad beteiligt. Auch die neue Standseilbahn auf den Stoos wurde von ihr konstruiert. (asz)

Hohe Mieten knebeln Senioren im Kanton Schwyz

Hohe Mietzinsen machen Rentnern zu schaffen. Trotz Ergänzungsleistungen geraten sie finanziell in Not.

von Andrea Müller

Die seit Jahren stetig ansteigenden Mietzinsen im Kanton Schwyz werden zunehmend zum Problem für Rentner. Auch wer zusätzlich zur AHV das Anrecht auf Ergänzungsleistungen hat, kann die anfallenden Wohnkosten nicht immer decken. Im letzten Jahr bezogen im Kanton Schwyz 3450 Personen Ergänzungsleistungen im Wert von rund 42 Millionen Franken.

Gemäss Pro Senectute (PS) Schwyz werden diese Leistungen nebst dem Lebensbedarf, Krankheitskosten und Versicherungsprämien zur Deckung der Wohnkosten aufgewendet. Gerade die Wohnkosten seien aber bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen (EL) zu tief angesetzt und würden der Teuerung der letzten Jahre nicht Rech-

nung tragen. Der Geschäftsleiter von PS Kanton Schwyz, Josef Steiner, sagt: «Die Mieten sind im Kanton Schwyz in den letzten Jahren massiv angestiegen, die Mietzinsberechnung bei den EL ist jedoch seit 2001 gleich geblieben. Das geht nicht mehr auf.»

Ältere Menschen lebten seit vielen Jahren in der gleichen Wohnung, aber irgendwann kämen sie an den Punkt, an dem sie die Mietzinsaufschläge nicht mehr bezahlen könnten, so Steiner. Als Folge gerieten sie in finanzielle Schwierigkeiten. Die Problematik bestehe darin, dass das Mietzinsmaximum, welches als Berechnungsgrundlage für die Ergänzungsleistungen diene, grundsätzlich zu tief angesetzt sei. Bei einer Einzelperson beträgt es 1100 Franken pro Monat, für Paare 1250 Franken. «Die Mietzinsen sind aber be-

sonders in den Bezirken March, Höfe und Küssnacht oft viel höher», so Steiner.

Besserung in Sicht

Ein Wohnungswechsel in eine kleinere Wohnung wirke sich finanziell sogar eher negativ aus. Steiner stellt fest. «Immer mehr Personen brauchen Ergänzungsleistungen, damit sie die Mieten bezahlen können.» Ihnen hilft PS Schwyz mit durchschnittlich 65 000 Franken pro Jahr. Steiner relativiert: «Es ist nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, die Anspruch auf finanzielle Unterstützung hätten, die auch zu uns in die Beratung kommen.» Auch wenn die Gesellschaft heutzutage besser sensibilisiert sei aufs Älterwerden, würden sich Rentner mit finanziellen Problemen eher zurückziehen, als Hilfe zu suchen,

so Steiner. Es besteht jedoch Hoffnung, dass sich das Problem schon bald entschärft. Ende September beschloss der Nationalrat, eine Erhöhung der anrechenbaren Mietzinsmaxima ins Auge zu fassen. Die grosse Kammer lehnte den Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ab, die dieses Geschäft an den Bundesrat zurückweisen wollte. Der Entscheid betrifft laut PS Schweizweit rund 40 000 Senioren mit geringem Einkommen. «Die beschlossene Änderung auf nationaler Ebene ist ein wichtiger Schritt und ein Etappensieg», so Steiner. Denn im Kanton Schwyz werden die Ergänzungsleistungen ausschliesslich nach Bundesrecht geregelt. «In Schwyz gibt es für Rentner keine zusätzliche kantonale oder kommunale Beihilfe wie zum Beispiel im Kanton Zürich», sagt Steiner.